



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XII/285 - 13. Dezember 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0886890

Hinweise auf den Inhalt:

Sowjetrussische Aktivität	S. 1
Wilhelm Mellies, MdB: SPD und die Kirchen	S. 2
Totale Abwehr unmöglich	S. 3
Justizminister Dr. Otto Tschöde: Zwang und Freiheit	S. 4
Was aus Ossietzkys "Weltbühne" wurde	S. 6

Aufforderung an den Westen

sp- Die Regierungen der westlichen Länder würden einem verhängnisvollen Irrtum unterliegen, wenn sie in der zur vollen Entfaltung gelangten sowjetrussischen diplomatischen Aktivität nur den Vorwand sähen, die bevorstehende NATO-Konferenz in Paris zu stören und Uneinigkeit in die Reihen der NATO-Mitglieder hineinzutragen. Die an sämtliche UNO-Mitglieder ergangenen Moskauer Notizen zeigen das hohe Ausmass angenommener oder wirklicher Bedrohung, von der die Männer des Kream glauben, dass sie ihr ausgesetzt seien. Es war der Aussenminister einer künftigen britischen Labour-Regierung, Aneurin Bevan, der gerade in diesen Tagen während seines Deutschlandbesuches darauf hingewiesen hatte, dass man in der Vergangenheit eine von der Sowjetunion ausgehende Kriegsgefahr weit überschätzt habe, woraus folgenschwere Fehlentscheidungen resultieren.

Die russische Regierung, meinte Bevan, liebe es zwar, aussenpolitische Erfolge einzuheimsen, aber sie wolle offenbar von sich aus keine Lage herbeiführen, die sie vor die Qual der Wahl stellt, ihre Verbündeten fallen zu lassen oder durch kriegerische Intervention das "Gesicht" zu wahren. Mehr als jedes andere Volk, die Deutschen vielleicht ausgenommen, hat das russische Volk unter dem zweiten Weltkrieg gelitten; materiell hat es zwar mächtig aufgeholt, aber die Verluste an der Volkssubstanz liessen sich eben nicht ersetzen. Die Geburtenausfälle aus der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit sind noch nicht ausgeglichen. Russland wurde in seiner bevölkerungspolitischen Entwicklung um viele Jahre zurückgeworfen, seine gegenwärtige

Bevölkerungszahl geht nicht wesentlich über die Zahl von 1939 hinaus. Allein daraus lässt sich erkennen, welche furchtbaren Lücken der zweite Weltkrieg in der Sowjetunion hinterlassen hat - ein Umstand, dem die sowjetrussischen Führer Rechnung tragen müssen.

Das schlechte Betragen der Russen auf internationaler Ebene in der Nachkriegszeit deutete der schon erwähnte Ansuria Bevan als einen Ausdruck der Schwäche, der Furcht und des Misstrauens. Das ist ein kluges Wort. Nach allen menschlichen Erfahrungen verhandeln weder einzelne Menschen noch die Regierungen aus einem Gefühl der Schwäche heraus; wer sich stark weiss, wer genügend Selbstvertrauen besitzt, kann leichter Zugeständnisse gewähren, er ist auch verhandlungsbereiter. Das russische Selbstvertrauen ist durch die Sputniks I und II ganz gewiss gestiegen und Minderwertigkeitskomplexe sind gefallen. Der Westen wiederum, alles in allem genommen, ist durch die russischen Erfolge auf dem Gebiet der Raketenentwicklung wiederum nicht so geschwächt, dass er aus einer Position der Gleichwertigkeit nicht verhandeln könnte. Die Grundtatsache bleibt: sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten als die entscheidenden Atomkräfte unserer Zeit sind in der Lage, sich gegenseitig tödliche Schläge zuzufügen.

Ohne Zweifel treibt die weltpolitische Entwicklung heute einer neuen und in ihren Gefahren noch unübersehbaren Zuspitzung entgegen. Das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen wirkte auf viele Völker wie ein Schock. Die westliche Politik droht sich in politische Richtungslosigkeit zu verirren. Die zu erwartenden Beschlüsse der NATO-Konferenz in Paris stehen ausschliesslich unter militärischen Vorzeichen. Nichts ist schädlicher und wirkungsloser als das Argument, die Vereinigten Staaten können deshalb nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt in ein Gespräch mit der Sowjetunion - die wirksamste Methode, um die unerträglich werdende-Weltspannung zu beseitigen - eintreten, weil sie noch nicht über interkontinentale Raketen und über in das Weltall abgeschossene künstliche Monde verfügen. Als Antwort auf eine Situation, die neue Ideen und kühne Initiative verlangt, bieten sie den europäischen NATO-Partnern Atomwaffen und die Errichtung von Raketenabschussbasen an. Die politischen Folgen eines vielleicht kurzfristig militärischen Vorteiles wollen sie und die den amerikanischen Plänen freundlich gesinnten Regierungen in Kauf nehmen.

Die Berufung auf das Gleichgewicht ist steril; zu keiner Zeit lässt es sich delikater ausbalancieren, immer wird die eine Seite auf diesem oder jenem Gebiet um einige Nasenlängen der anderen Seite voraus sein. Die Herstellung des Gleichgewichtes heisst die Völker auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verträsten und sie der Spirale eines hemmungslosen Rüstungswettlaufs auszuliefern.

Kernstück aller russischen Vorschläge sowohl an die NATO-Staaten als auch an sämtliche UNO-Mitglieder ist die Forderung nach Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes in Mitteleuropa, der Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedern des Warschauer- und NATO-Paktes, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und die Intensivierung des Handelsverkehrs zwischen den "sozialistischen" und "kapitalistischen Staaten". Es ist wirklich nicht einzusehen, warum der Westen in dieser Stunde nicht die Ernsthaftigkeit des russischen Angebotes überprüfen und herausfinden sollte, wo die Russen ernstlich ins Geschäft zu gehen bereit sind.

Die ganze Welt - und ein gross Teil dieser Welt gehört keinem der bestehenden Paktsysteme an - wird in der Reaktion der Westmächte auf die neuen Moskauer Noten ihren guten oder schlechten Willen, ihre Ideenkraft oder Ideenlosigkeit ablesen. Die deutsche Bundesregierung hätte hier besonderen Anlass, die im Bulganin-Brief angedeuteten Möglichkeiten in der Richtung hin zu prüfen, inwieweit sie den Sicherheitsinteressen der beiden mächtigsten Gegenspieler entsprechen, denn nur wenn deren Gegensätze abgebaut sind, lässt sich für die deutsche Wiedervereinigung hoffen. Aber wie oft schon ist die Bundesregierung auf Kosten der deutschen Interessen Entscheidungen ausgewichen. Ihr Verhalten in der Frage von Raketenabschussbasen und der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen lässt nichts Gutes für die Zukunft erwarten.

"Staatspolitische Verantwortung oder Parteitaktik ?"

Von Wilhelm Mellies, MdB.

Seit 1945 bemüht sich die Sozialdemokratische Partei, das Verhältnis zu den Kirchen zu verbessern. Die erst zaghaft ansetzenden, dann immer intensiver geführten Gespräche waren nicht leicht, weil der harte Kampf der verflochtenen Jahrzehnte allzu viel zerschlagen hatte. Man war sich deshalb auch auf beiden Seiten darüber klar, dass man miteinander sehr viel Geduld haben müsse.

Ein Erfolg setzte aber auch voraus, dass man nicht nur auf beiden Seiten in der Spitze die Aufgabe richtig sah, sondern dass auch bis zur untersten Ebene ein Verständnis erreicht würde. Auch hier ist ein unverkennbarer Fortschritt erzielt worden, wenn auch die Hindernisse auf keiner Seite unterschätzt werden.

Für die Sozialdemokratische Partei war immer massgebend, dass in erster Linie aus staatspolitischen Überlegungen die Notwendigkeit für ein gutes Verhältnis zwischen den politischen Kräften und den Kirchen in der parlamentarischen Demokratie notwendig sei. Nichts könnte unheilvoller sein, als wenn bei einer entsprechenden Wahlentscheidung eine sozialdemokratische Regierung gebildet würde und dann zwischen dieser Regierung und den Kirchen starke Spannungen beständen. Das wäre weder staatspolitisch noch kirchenpolitisch gut oder zu verantworten. Mit der Sozialdemokratischen Partei sollten deshalb alle Kräfte, denen an einer guten Entwicklung für die parlamentarische Demokratie und für das Verhältnis zwischen politischen Parteien und Kirchen gelegen ist, die Bemühungen der letzten Jahre begrüßen.

Die CDU ist offenbar nicht in der Lage, einen solchen Standpunkt einzunehmen. Sie sieht alle diese Dinge nur unter partei egoistischen Vorzeichen. Deshalb versucht sie auch in ihrer Parteikorrespondenz, dem "Deutschland-Union-Dienst", das Treffen, das Anfang des kommenden Jahres zwischen Vertretern der katholischen Kirche und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in München stattfindet, in hässlicher Weise zu glossieren. Durch diese Art hat die CDU sich selbst entlarvt. Sie beweist durch ihre Darstellung, dass es ihr, obwohl sie das Wort "christlich" in ihrem Parteinamen führt, nicht auf die christlichen und kirchlichen Belange, sondern lediglich auf ihre parteitaktischen Erfolge ankommt. Damit beweist sie gleichzeitig, wie wenig sie trotz aller Be-
teuerungen von einer wirklichen Sorge um eine gute Entwicklung der parlamentarischen Demokratie bemüht ist. + + *

Ist Hiroshima vergessen ?

Von einem wissenschaftlichen Mitarbeiter

Alle Zeitungen sind in letzter Zeit voll von Spekulationen über die Aufstellung von Abschussbasen für Raketen, mit denen man sich gegen Angriffe anderer Atomkräfte schützen zu können glaubt. Dabei ist eine totale Abwehr unmöglich.

Das liegt schon im Charakter der Atombombe, ganz gleich, ob es sich um Uran- oder Wasserstoffbomben handelt. Eine teilweise Abwehr ist aber nicht viel von einer totalen Zerstörung verschieden.

Die meisten Menschen haben Hiroshima mit seinen furchterlichen Auswirkungen längst vergessen. Für sie bedeutet auch der Sputnik nur ein interessantes Experiment, das bisher noch keiner nachmachen konnte. Was dabei wirklich von Bedeutung ist, erkennen die wenigsten, nämlich die Tatsache, dass die Russen nicht nur den Sputnik trotz des hohen Gewichtes auf eine ungeheure Höhe transportiert haben, sondern ihn auch noch mit einer solchen Genauigkeit in seine Bahn eingesteuert haben, dass die Abweichung weniger als einen halben Grad betrug.

Bei einer grösseren Abweichung wäre die Flugbahn nach innen oder aussen abgelenkt.

Diese Genauigkeit ist nicht etwa durch eine ganz präzise Berechnung der Flugbahn erreicht, die nicht möglich ist, weil dazu die notwendigen Widerstandselemente fehlen, sondern durch dauernde Steuerung der Rakete. Das ist vielleicht die grösste Leistung der Russen.

Mit gleicher Genauigkeit kann natürlich jedes Erdziel getroffen werden.

Was man aber immer übersieht oder nicht sehen will, das ist die Tatsache, dass es möglich ist, Uranbomben auf grössere Entfernungen (einige 100 km) durch Strahlungseinwirkung bei genügend grosser Energie zur Explosion zu bringen.

Die sehr ernsthaften Wissenschaftler, die hiervon Kenntnis haben, sprechen nicht darüber und die weniger ernsthaften, deren Überzeugungen in erster Linie durch die Politik bestimmt werden, haben keine grosse Glaubwürdigkeit. An der Tatsache selbst kann man nicht vorbei.

Unter diesen Umständen erscheint das ganze heutige Palaver über Abschussbasen, Raketen, strategische und taktische Atomwaffen etwas eigenartig. Klarheit wird es erst geben, wenn eine solche Fernzündung durchgeführt wird. Was dann kommt, ist schwer zu sagen.

Zwang und Freiheit

Von Justizminister Dr. Otto Tschadek, Wien

Alle Politik kennt zwei Pole: Zwang und Freiheit. Es liegt im Bestreben des Menschen, so unabhängig wie möglich zu sein und ein Höchstmass an Freiheit zu erreichen. Da die Menschen aber nur in einer Gesellschaft zu leben imstande sind, können sie auf eine Zwangsordnung nicht verzichten, die die Freiheit der Person so weit beschränkt, dass die Gesellschaft existieren kann. Das Pendel der Politik bewegt sich daher notwendigerweise zwischen den Polen Zwang und Freiheit. Wenn ein gesundes Staatswesen bestehen soll, dann darf aber der notwendige Zwang nicht Willkür, sondern er muss Recht sein. Nicht Willkürbefehle, sondern ein vom Volk bejahtes Recht soll die Beziehungen der Menschen untereinander und ihre Beziehungen zum Staat regeln. Im demokratischen Staat gibt es keine Untertanen, sondern freie Staatsbürger. Überall werden die Freiheit der Persönlichkeit und die Glaubens- und Gewissensfreiheit als Elemente einer gesunden Demokratie anerkannt.

Die Freiheit ist aber nur zu verwirklichen, wenn es neben dem politischen Recht auf Mitbestimmung im Staat auch eine gesicherte wirtschaftliche Grundlage für alle gibt. Deshalb ist in der wahren Demokratie nicht nur Freiheit, sondern auch Gleichheit notwendig. Gleichheit bedeutet aber nicht zwangsmässige Gleichschaltung aller Menschen und nicht das Vergessen der Tatsache, dass die Menschen an sich ungleich sind und dass niemals alle mit dem gleichen Lebenserfolg rechnen können. Die Gleichheit setzt die Gleichberechtigung, die gleichen Startbedingungen für das Leben voraus, gleiche Möglichkeit der Schulbildung, gleiche Möglichkeit, Begabungen auszubilden, und gleiche Möglichkeit, bei gleichen Fähigkeiten aufzuzucken. Das sind die Kennzeichen des Gleichheitsbegriffes in der Demokratie.

Dort, wo Freiheit und Gleichheit wirklich vorhanden sind, besteht die grösste Möglichkeit zur Entfaltung der Persönlichkeit. Die echte Demokratie wird daher immer eine Vielfalt von Meinungen und Anschauungen auf geistigem, kulturellem oder wirtschaftlichem Gebiet kennen. Schrankenlose Freiheit führt zur Anarchie und schrankenlose Zwangsherrschaft zur Zerstörung der Persönlichkeit. Nur der Ausgleich zwischen den Polen Zwang und Freiheit kann den Völkern Aufstieg und Sicherheit bringen.

Die Mitbestimmung aller Staatsbürger im Gemeinwesen führt zwangsläufig zur Demokratisierung der Wirtschaft und zur Herbeiführung sozialer Sicherheit. Umgekehrt sind wirtschaftspolitisch reaktionäre Strömungen immer mit antidemokratischen Strömungen Hand in Hand gegangen. Daher: Wenn die Demokratie gefährdet ist, wankt die soziale Sicherheit der Bürger; und wenn die soziale Sicherheit durch Krisen erschüttert wird, besteht Gefahr für die Demokratie. Je klarer diese Wechselwirkung erkannt wird, umso zielsicherer wird eine demokratische Politik geführt werden können.

Die Demokratie ist auch Gegenstand der politischen Technik. Die staatlichen Gemeinschaften von heute mit ihren Millionen Bürgern sind zu kompliziert und zu gross, um der direkten Demokratie allzu breiten Raum zu geben. Die Staatsbürger üben ihre demokratischen Rechte mit dem Stimmzettel aus. Die indirekte Demokratie führt damit notwendigerweise zur Bildung von Parteien. Deshalb ist es falsch, den Parteistaat zu verurteilen. Die Parteien sind ein notwendiges und nützliches Element der Demokratie; aber sie müssen erkennen, dass keine Partei das Recht hat, ihren Willen allein, vielleicht sogar mit Gewalt durchzusetzen, sondern dass ein Ausgleich zwischen Mehrheit und Minderheit gesucht werden muss.

Die Demokratie setzt aber auch Vertrauen der Wähler in die gewählten Volksvertreter voraus. Kein Staatsbürger ist heute imstande, alle Detailfragen der Innen-, Aussen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik zu erfassen. Der Wähler wird immer nur die Richtung angeben können, die er einschlagen will. Der Volksvertreter, der sich mit den einzelnen Problemen beschäftigt, trägt die Verantwortung für die Verwirklichung programmatischer Grundsätze in den mannigfaltigen Fragen des täglichen Lebens. Deshalb ist es begrüssenswert, wenn in einem Parlament so viele Berufsgruppen wie möglich vertreten sind.

Die Gegensätze zwischen den politischen Parteien ergeben sich aus der Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit der Gesellschaft. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Stadt und Land, Zentralinteressen des Staates und föderalistische Interessen der Länder, verschiedene Einstellung zu religiösen und kulturellen Fragen kennzeichnen sie. Die Demokratie muss alle diese Interessen auf einen Nenner bringen. Das vielgeschmähte Kompromiss ist deshalb kein Ausdruck der Schwäche, sondern eine notwendige Konsequenz demokratischer Klugheit. Zum Wesen der vollen Demokratie gehört es, dass sich alle Auseinandersetzungen auf dem Boden des Rechts abspielen und dass im Rechtsstaat jedem Bürger persönliche Freiheit und im Sozialstaat jedem Bürger soziale Sicherheit gewährleistet wird. + + +

Weltbühne: "Aussen rot und innen weiss ..."

Seit 1946 erscheint in Berlin wieder die "Weltbühne", jene vor rund vierzig Jahren von Siegfried Jacobsohn gegründete Zeitschrift, die bis zu ihrem Verbot durch die Nazis im Jahre 1933 mutig gegen Reaktion und Militarismus kämpfte und in der sich die zumeist pazifistisch orientierten Intellektuellen das Recht zu freier Kritik nach allen Seiten sicherten. Nach dem Tode Jacobsohns übernahmen Kurt Tucholsky und schliesslich Carl von Ossietzky die Herausgabe der Zeitschrift. Beide fühlten sich zu keiner Zeit ihres Wirkens parteipolitisch gebunden, und oft genug sahen sich sowohl Sozialdemokraten wie Kommunisten in der "Weltbühne" heftig kritisiert. Die Herausgeber blieben dem Grundsatz Jacobsohns, nach jeder Seite Disziplinieren zu dürfen, bis zum Verbot der Zeitschrift treu.

Der Pappumschlag der heutigen "Weltbühne" ist so rot wie damals, und auch ihr Titelbild ist echt bis zur Zeile: "... zuletzt geleitet von Carl von Ossietzky". Die nächste Zeile schon ("Neu herausgegeben von Kaud von Ossietzky und Hans Leonard") ist eine glatte Fälschung, denn die betagte Frau des grossen Publizisten hat mit der Herausgabe überhaupt nichts zu tun, sondern erhält dafür, dass sie im ersten Heft der wiedererstandenen "Weltbühne" unter ein nicht von ihr verfasstes Geleitwort ihren Namen setzte, bis zum heutigen Tage monatlich ein Schweigegeld im Höhe von DM 1 500 (Ost). Hans Leonard fungiert zwar als Chefredakteur, hat jedoch den Ehrgeiz, sich in der von ihm "redigierten" Zeitschrift publizistisch überhaupt nicht bemerkbar zu machen, denn auch er hat, genau wie Kaud von Ossietzky, in den mehr als zehn Jahren niemals nur einen selbstgeschriebenen Satz in ihr veröffentlicht.

Heute weiss man nur zu genau, wer der wahre "Herausgeber" einer Zeitschrift war, deren politische Tendenz bis 1933 (noch laut dem im Juni 1946 verfassten Geleitwort: "Kampf für Pazifismus und Demokratie!") niemandem fremder und verhasster gewesen sein konnte als der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Dennoch war es der Leiter ihrer Kulturabteilung, ein äusserst intelligenter Hauptmann namens Alexander Dymshitz, der nach der kläglichen Vereinigungskomödie den frischgebackenen Kultur-Funktionären der SED den Auftrag gab, die sich von der Partei der sowjetischen Besatzer abwendenden Intellektuellen Berlins unter allen Umständen zu halten. Dazu war Dymshitz jedes Mittel recht, und es war damals Hermann Axen, heute Chefredakteur des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland", der den bescheiden als Lebensmittelkartenverteiler in Penkow beschäftigten und von Kaud von Ossietzky fälschlich als "früheren Redaktionssekretär" deklarierten Angestellten Hans Leonard aus eigener Machtvollkommenheit kurzerhand zum

Nachfolger des im KZ gefolterten und 1938 an den Haftfolgen gestorbenen Ossietzky erklärte.

Eine geschickte Regie vermochte in den ersten beiden Jahren namhafte ehemalige Mitarbeiter an der alten "Weltbühne", u.a. Erich Kästner, Kurt Hiller, Otto Lehmann-Russbüldt, über den in keiner Beziehung mehr den hohen Idealen von damals entsprechenden "Charakter" des neuen Heftes hinwegzutauschen. Es war sogar möglich, neue namhafte Autoren, wie Friedrich Luft und Curt Riess, für die "Weltbühne" zu gewinnen, und damit schien die Zeitschrift ihren Zweck, sie nach einem neuen geistigen Zentrum suchenden Intellektuellen jener Tage jenseits vom leidigen Ost-West-Gegensatz, der sich nirgends unheilvoller repräsentiert als in der Viersektorenstadt Berlin, erfüllt zu haben.

Wer weiss, welche Verwirrung derartige Fernzeitschriften später noch in den Kreisen der Intelligenz angerichtet hätten (übrigens gehörte auch eine Heftfolge des 1957 erst bekehrten Alfred Kantorowicz dazu!), wäre nicht im Juni 1948 die Berliner Blockade herbeigetragen. Jetzt musste auch die "Weltbühne", die bis dahin im Zwielicht der unklaren Verhältnisse prächtig gediehen war, Farbe bekennen und sich auf die Seite derjenigen schlagen, die die Brutalität ihrer kalten Kriegsführung über das sanfte Koexistenz-Gesäusel der Jahre 1946/47 setzten. Aus war es mit der "kämpferischen Pazifismus und dem Eintritt für die demokratische Erneuerung". Von da an machten sich die Barden einer unverhüllten Sowjetisierung auch des Geisteslebens daran, die eben noch pazifistisch flötende "Weltbühne" mit ihren Hasstiraden zu füllen. Jetzt kamen Alexander Abusch, Albert Norden und schliesslich auch Twaritsch Alexander Dymshitz selbst in den roten Heften zu Wort und zeigten den erschrockenen Intellektuellen, was hinter der heuchlerischen Maske wirklich verborgen war...

Aber auch diese Zeiten sind vorbei. Heute fristet die "Weltbühne" ein selbst von der sogenannten öffentlichen Meinung in der Zone völlig ignoriertes Mauerblümchen-Existenz. Von der wahren "Weltbühne" ist nichts weiter übrig geblieben als der - rote Umschlagdeckel.

"... Da wächst in Tibrechts Zone leis
Das bescheiden Radischen:
Aussen rot und innen weiss ..."

So könnte man Kurt Tucholskys "Feldfrüchte" zeitgemäss mit Bezug auf die heutige "Weltbühne" abwandeln, die besonders in der Ungarn-Tragödie eine geradezu widerlich reaktionäre Haltung gezeigt hatte.

Warum sie noch ihre kümmerliche Existenz fristet? Ganz einfach deshalb weil sie das Zentralkomitee der SED für Untergrundfunktionen vorgesehen hat! Die Zonenaufgabe der "Weltbühne" ist nämlich gegenüber den rund 25 000 Exemplaren, die jede Woche auf feinstem Bünndruckpapier gedruckt gratis als harmlose Privatbriefe mit anonymen Absendern an westdeutsche Künstler, Literaten, Wissenschaftler usw. abgeschickt werden. Die Adressier erhält der Weltbühnenverlag jeweils vom "Nationalrat der Nationalen Front" in Ostberlin, der ihm auch die Bünndruckauflage voll bezahlt.